

Forderungen der niedersächsischen Wirtschaft zur Bundestagswahl 2025

Digitalisierung und Entbürokratisierung

Unsere Forderungen:

- **Zukunftsfeste Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufstellen und EU-Recht bundesweit einheitlich umsetzen:** Die derzeitige Kompetenzaufteilung stößt an ihre Grenzen. Wir fordern eine umfassende Reform, um Blockaden zu beseitigen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu stärken. Um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden, muss EU-Recht zwingend einheitlich umgesetzt werden. Dies erfordert klare Vorgaben zur Reduzierung der Regulierungsdichte und zur Vereinheitlichung der Rechtsauslegung. Deutschland sollte keine EU-Vorgaben über das erforderliche Maß hinaus umsetzen. Überregulierung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit und erhöht Kosten.
- **Verwaltungsdigitalisierung:** Die Digitalisierung der Verwaltung muss mit einem klaren Schwerpunkt auf die Bedürfnisse der Industrie erfolgen. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen für alle relevanten OZG-Leistungen bis Ende 2026.
- **Verwaltungsmodernisierung:** Um die notwendigen Investitionen in die Digitalisierung sicherzustellen, müssen Bund und Länder kontinuierlich ein angemessenes Budget bereitstellen. Wir schlagen

vor, mindestens 0,5 Prozent des Bundeshaushalts jährlich in die Verwaltungsdigitalisierung zu investieren.

- **Smarte Regulierung:** Ineffiziente Verwaltungsabläufe müssen durch eine smarte Regulierung ersetzt werden, die sowohl Rechtssicherheit bietet als auch bürokratische Hürden abbaut.
- **Ambitionierten Bürokratieabbau forcieren:** Ein umfassender Bürokratieabbau über das vierte Bürokratieentlastungsgesetz hinaus nach der Prämisse „one in, three out“ ist notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und den Standort Deutschland zukunftsfähig zu machen.

Energie- und Umweltpolitik

Unsere Forderungen:

- **Effizientere Fördermechanismen:** Die Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sind mit erheblichen Kosten und Bürokratielasten verbunden. Wir fordern eine umfassende Überarbeitung der EEG-Vorschriften, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und die Finanzierung erneuerbarer Energien marktnäher und effizienter zu gestalten. Ziel ist ein einfaches, transparentes und technologieoffenes Fördersystem, das Anreize für Innovationen setzt und Kosten senkt.
- **Senkung der Energiekosten:** Deutschland hat die höchsten Energiepreise in Europa, was die Wirtschaft belastet. Wir fordern weniger staatliche Abgaben, reformierte Netzgebühren und den Einsatz günstigerer Energiequellen. Eine sichere, bezahlbare Energieversorgung soll durch Diversifizierung und den Einsatz erneuerbarer Energien sowie flexibler Speicher erreicht werden. Energieeffizienz soll mit Förderprogrammen und Anreizen gesteigert, der Ausbau erneuerbarer Energien technologieoffen und effizient gestaltet werden.
- **Etablierung des Wasserstoffkernnetzes:** Nachdem im Oktober 2024 das Wasserstoffkernnetz von der Bundesnetzagentur genehmigt wurde, muss dieses nun zeitnah umgesetzt werden. Parallel zum Aufbau des Netzes müssen die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Produktion von Wasserstoff in Deutschland sowie den Import von Wasserstoff sowohl aus dem EU als auch nicht-EU-Ausland. Die zukünftige Bundesregierung sollte sich für einen unbürokratischen schnellen Hochlauf einsetzen, um die Entstehung eines Marktes für Wasserstoff nicht im Keim zu ersticken.

- **Energetische Nutzung von Biomassereststoffen:** Wir setzen uns für eine zügige, fristgerechte Umsetzung der Renewable Energy Directive (RED III) auf nationaler Ebene ein. Insbesondere muss die energetische Nutzung von Biomassereststoffen stärker vorangetrieben werden, um das Potenzial dieser Ressource für die Energieversorgung und den Klimaschutz besser auszuschöpfen. Dies würde nicht nur die Versorgung mit erneuerbaren Energien sichern, sondern auch die Land- und Forstwirtschaft stärken.
- **Verlängerung des KWKG:** Da der derzeitige Gesetzesentwurf bereits 2026 ausläuft, werden bereits jetzt Investitionen ausgebremst. Der vorgelegte Gesetzesentwurf zwecks Änderung des KWKG wurde jedoch im Kontext des Ampel-Aus nicht behandelt. Dies muss dringend nachgeholt werden.
- **Schaffung eines klaren rechtlichen Rahmens für den Einsatz von CCU- und CCS-Technologien:** Wir fordern einen klaren rechtlichen Rahmen für CCU- und CCS-Technologien, einschließlich einer schnellen Verabschiedung des novellierten Kohlendioxidspeicherungsgesetzes (KSpG) und beschleunigter Genehmigungen für CO₂-Projekte. CO₂-Pipelines sollen als „überragendes öffentliches Interesse“ eingestuft und ein Finanzierungssystem wie Amortisationskonten eingeführt werden, um Investitionen abzusichern. Der Einsatz von CCU- und CCS-Technologien soll auf weitere Industrien ausgeweitet und die Definition „schwer vermeidbarer Emissionen“ und „nicht vermeidbarer Emissionen“ regelmäßig überprüft werden.
- **Green Deal durch einen Industrial Deal flankieren:** Klimaschutz und Industriepolitik müssen Hand in Hand gehen. Wir fordern einen „Industrial Deal“, der die Transformation der Industrie durch gezielte Investitionen, Anreize für klimaneutrale Produktionstechnologien und umfassende Innovationsförderung begleitet. So stellen wir sicher, dass der Green Deal nicht zu einer Belastung, sondern zu einer Chance für

den Standort Deutschland wird. Wir fordern eine klare, technologieoffene und langfristige Strategie sowie eine kontinuierliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln, um innovative Projekte zu fördern und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.

- **Bürokratieabbau:** Regulierungen wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LKSG), das Gebäudeenergiegesetz und die Nachhaltigkeitsberichterstattung, beispielweise gemäß Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), belasten Unternehmen und treiben Kosten. Wir fordern die Simplifizierung dieser Gesetze und eine grundlegende Überprüfung der Notwendigkeit nationaler Vorschriften sowie Verlässlichkeit bei Fördermitteln und Förderrahmen im Sinne einer zuverlässigen Planbarkeit. So stellen wir sicher, dass der Green Deal nicht zu einer Belastung, sondern zu einer Chance für den Standort Deutschland wird. Wir fordern eine klare, technologieoffene und langfristige Strategie sowie eine kontinuierliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln, um innovative Projekte zu fördern und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken.
- **Kreislaufwirtschaft stärken:** Um unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden, Ressourcen zu schonen und den Klimaschutz zu stärken, müssen die Potenziale der Kreislaufwirtschaft besser ausgeschöpft werden. Im Stoffrecht sollte auf Anreize statt auf Verbote gesetzt und Bürokratie auf ein Minimum beschränkt werden.
- **Leitmärkte für grüne Grundstoffe schaffen:** Öffentliche Aufträge und Vergaben können und sollten die Nachfrage nach grünen Produkten anreizen – Leitmärkte schaffen die notwendige Brücke, bis die anfänglich teureren CO₂-reduzierten Materialien sich im Markt vollständig durchgesetzt haben. Wichtig ist dabei, dass Leitmärkte zeitnah und europäisch aufgesetzt werden, Planungssicherheit über Legislaturperioden geschaffen wird und die öffentliche Hand mutig vorangeht.

- **Nachhaltige Rohstoffversorgung und innovative Förderung:** Die langfristige Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung in Deutschland erfordert einen stabilen und wirtschaftsfreundlichen Rahmen im Bundesberggesetz (BBergG). Heimische Förderung von Erdöl, Erdgas sowie strategischen Rohstoffen wie Lithium, Nickel und Seltenen Erden ist essenziell, um Abhängigkeiten zu reduzieren, die Versorgungssicherheit zu stärken und die Ziele der deutschen Rohstoffstrategie sowie des EU-CRMA zu erreichen. Gleichzeitig müssen Nachhaltigkeit und Innovation im Mittelpunkt der Rohstoffförderung stehen. Eine „Green Mining“-Norm sollte nachhaltigen Bergbau fördern und ökologische sowie soziale Standards setzen, die Importe übertreffen. Zudem sind Investitionen in Technologien wie Tiefengeothermie, zur Unterstützung der Wärmewende und in Rohstoffexploration notwendig, um den industriellen Bedarf langfristig zu decken. Zudem müssen Rohstoffpartnerschaften gefördert werden, um Bezugsquellen von Rohstoffen zu diversifizieren. Um unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden, Ressourcen zu schonen und den Klimaschutz zu stärken, müssen die Potenziale der Kreislaufwirtschaft besser ausgeschöpft und gefördert werden.
- **Nachhaltiges Bauen und Sanieren:** Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz und Entwaldungsverordnung dürfen den Einsatz von nachhaltigen Materialien nicht unnötig erschweren. Vorgaben wie verpflichtende Photovoltaikanlagen bei Dachsanierungen erschweren die Bereitschaft zum Sanieren – richtiger wäre die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Investitionen in PV-Anlagen. Innovationen und praktische Lösungen sollten im Fokus stehen.

Finanzpolitik

Unsere Forderungen:

- **Sonderabschreibungen für private Investitionen:** Deutschland leidet unter einem Mangel an privaten Investitionen. Hohe Unsicherheit und unattraktive Steuermodelle bremsen die Wirtschaft. Sonderabschreibungen haben sich nach der Wende 1989 als wirksames Mittel erwiesen, Investitionen anzukurbeln. Ein ähnliches Programm über zehn Jahre könnte auch heute wichtige Impulse setzen und Wachstum fördern.
- **Mindestlohn und Tarifautonomie:** Die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns sollte sich klar an der Tarifentwicklung orientieren – nicht umgekehrt. Eine politische Festlegung des Mindestlohns gefährdet die Tarifautonomie und untergräbt das bewährte Prinzip, dass Löhne durch Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften bestimmt werden. Politische Eingriffe in diesen Prozess wären schädlich und könnten das Gleichgewicht des Arbeitsmarktes nachhaltig stören.
- **Steuersenkungen:** Um Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, müssen steuerliche Belastungen reduziert werden. Dazu zählen eine Senkung der Unternehmenssteuern und eine Überarbeitung der steuerlichen Regelungen, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen.

Pflege, Gemeinnützigkeit und Zivilschutz

Unsere Forderungen:

- **Pflegereform – Zukunftssicher und gerecht:** Pflege ist eine gemeinsame Verantwortung – für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Nur durch entschlossenes Handeln können wir eine nachhaltige, gerechte und zukunftsfähige Pflege sicherstellen. Eine umfassende Pflegereform ist längst überfällig – als soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit. Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Die Eigenanteile der Pflegebedürftigen müssen gesenkt, während die soziale Pflegeversicherung dringend finanziell stabilisiert werden muss. Eine zukunftssichere Pflege erfordert innovative Ansätze, um die wachsenden Belastungen durch steigende Lohnkosten, Fachkräftemangel und höhere Qualitätsanforderungen zu bewältigen. Hierbei bedarf es die Einführung von Investitionsprogrammen, steuerliche Anreize, Förderprogramme sowie einer wirtschaftlich tragfähigen Refinanzierung, um die Pflegebranche langfristig zu stärken. Eine langfristige Perspektive ist essenziell: Mit einer „Pflege 2040“-Strategie, die Ausbildung, Personalbedarfsmessung, Entbürokratisierung und wirtschaftliche Absicherung von Einrichtungen umfasst, können wir die Pflege nachhaltig gestalten. Die Strategie sollte dabei auch ökologische Aspekte berücksichtigen, um die Resilienz der Gesellschaft im Angesicht demografischer und klimatischer Herausforderungen zu stärken.
- **Arbeitsbedingungen und Ausbildung stärken:** Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind zu verbessern, um Berufe in diesem Bereich attraktiver zu gestalten. Dabei gilt es, Entlastungsstrukturen zu schaffen und refinanzieren, z. B. durch Digitalisierung, administrative Unterstützung und innovative Arbeitsprozesse. Die Rolle ausländischer

Pflege- und Pflegehilfskräften bleibt zentral. Eine konsequente Anerkennung von Qualifikationen (Kompetenzvermutung) und die Schaffung einer Willkommenskultur sind unabdingbar, um den Fachkräftemangel zu bewältigen. Die Migration ist dabei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftliche Aufgabe, die klare Bekenntnisse und Unterstützung erfordert. Die generalistische Pflegeausbildung wird kontrovers diskutiert. Während ihre Befürworter den Vorteil einer europaweiten Anschlussfähigkeit und eines verbesserten Berufsimages betonen, sehen Kritiker den Bedarf an spezialisierten Kompetenzen, insbesondere in der Altenpflege.

- **Teilhabe für Menschen mit Behinderung:** Die UN-Behindertenrechtskonvention muss umfassend umgesetzt werden, um allen Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- **Investitionen in den Bevölkerungsschutz:** Wir fordern 10 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren, um die Selbstschuttfähigkeit der Bevölkerung zu stärken und notwendige Infrastruktur auszubauen. Ehrenamtliche müssen besser unterstützt werden, und die Bevölkerung sollte verstärkt in Erster Hilfe und Selbstschutzmaßnahmen geschult werden. Mobile Betreuungsmodule (MBM 5000) müssen zügig umgesetzt und finanziert werden, um flexibel auf Katastrophenfälle reagieren zu können.

Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik

Unsere Forderungen:

- **Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung:** Hierfür braucht es die Gewährleistung der Erreichbarkeit beruflicher Bildung, auch in ländlichen Gebieten, durch bessere Infrastruktur wie Azubi-Tickets und Wohnangebote sowie den Ausbau von Berufsorientierung an allen Schulformen, insbesondere an Gymnasien, um zukünftige Fachkräfte zu gewinnen.
- **Einführung einer Bildungs-ID:** Um den Übergang von der Schule in den Beruf (Ausbildung oder Studium) sicher zu gestalten, müssen Bildungswege nachvollziehbar sein. Nur so kann gewährleistet sein, dass kein junger Mensch auf dieser Wegstrecke verloren geht.
- **Bundesweit einheitliche Förderung der MINT-Bildung:** Für die Förderung an Schulen und Hochschulen müssen länderübergreifende Standards geschaffen werden. Nur so kann ein Mangel in diesen Fächern abgefangen werden.
- **Staatliche Unterstützung für Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen:** Die vorhandenen Fachkräfte müssen besser an die Anforderungen des Arbeitsmarkts angepasst werden. Gleichzeitig müssen Strukturen geschaffen werden, um Geflüchteten den Weg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, damit eine gesellschaftliche Teilhabe und Integration ermöglicht werden. Auch gezielte Arbeitsmarktmigration stellt ein probates Mittel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels dar.
- **Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge:** Vor dem Hintergrund der herausfordernden Situation der gesetzlichen Rentenversicherung mit einer immer schmäler werdenden

Finanzierungsbasis im Umlagesystem und wachsenden staatlichen Subventionen braucht es dringend eine deutlich stärkere Verbreitung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge, um die individuellen Renten der Menschen zu verbessern und die alleinige Last auf die gesetzliche Rente zu reduzieren. Dafür sind neue staatliche Anreize in Form einer attraktiven Fördersystematik mit einem einfachen Zugang notwendig, um die Menschen erneut zu motivieren für ihr Alter vorzusorgen.

Bei Rückfragen und Anmerkungen wenden Sie sich gerne an:

Finn Halbach
Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.
Schiffgraben 36 | 30175 Hannover

+49 511 8505-312 | +49 151 742 340 48

fh@uvn.digital

<https://uvn.digital>

Die [Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. \(UVN\)](#) sind die Dachorganisation für mehr als 100 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Niedersachsen, die Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA) und die Landesvertretung des Bundesverbands der Deutschen Industrie e. V. (BDI) sowie des ZVEI e. V. Verband der Elektro- und Digitalindustrie. Als Spitzenverband und Stimme der niedersächsischen Wirtschaft vertreten wir die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der in unseren Mitgliedsverbänden zusammengeschlossenen über 200.000 Unternehmen mit ca. 2,6 Millionen Beschäftigten aus den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistungen, Sozialwesen, Handwerk und Landwirtschaft gegenüber Parlament und Regierung, den politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Ein wichtiges Ziel dabei ist die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft im nationalen und internationalen Wettbewerb, um Standorte und Arbeitsplätze zu sichern.